V-19-021

Nein zu Sklaverei, Gammelfleisch und Korruption - Nein zum Mercosur-Abkommen! Für eine faire europäische Handelspolitik mit klarem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu V-19

Von Zeile 21 bis 25:
~~Bei dem Abkommen geht es nicht primär um die Senkung von ohnehin niedrigen Zöllen. In erster Linie geht es um die Ausschaltung demokratischer Verfahren zugunsten von Konzerninteressen und die Zementierung von Steuervermeidungspraktiken. Mit dem Abkommen soll ein Wirtschaftsmodell konsolidiert werden, dass großen Konzernen und der Agroindustrie auf beiden Seiten kurzfristige Gewinne bringt.~~

Das Mercosur-Abkommen droht Abholzung des Regenwaldes und Landkonflikte zu befeuern

Hauptsächlich geht es bei dem Abkommen um Zollquoten, sowie gegenseitige Erleichterungen beim Marktzugang in jeweils sensiblen Bereichen. Die Südamerikaner fordern vor allem mehr Exportmöglichkeiten für ihr Rindfleisch und Geflügel ebenso wie Ethanol. Der in den letzten Jahren explosionsartig gestiegene Rindfleischexport unter anderem aus Brasilien führte jedoch zu starken Waldverlusten in Amazonien. Eine Ausweitung der Agrarexporte würde die Abholzung des Regenwaldes weiter befördern. Außerdem führt die Ausweitung der Rindfleischfarmen in fast allen Mercosur-Ländern zu Konflikten um Land.

Mangelnder Schutz von Verbraucher*innen, Umwelt und Arbeitnehmern
Faire Handelsabkommen müssen neben klassischen Handelsfragen auch soziale und ökologische Standards berücksichtigen und stärken. Verbraucher*innen müssen geschützt werden. Das Mercosur-Abkommen wird diesen Ansprüchen nicht gerecht. Wie in anderen Handelsabkommen sind diese Standards im so genannten Nachhaltigkeitskapitel verankert. Die dort aufgeführten Regelungen sind jedoch nicht sanktionsbewehrt. Außerdem fehlt bis jetzt eine verlässliche Verankerung des Vorsorgeprinzips.
Der mangelnde Schutz von Umwelt, Verbraucher- und Arbeitnehmerstandards ist mit Bezug auf die Mercosur-Staaten besonders problematisch. In Brasilien haben unter Präsident Michel Temer eben diese Standards zuletzt massiv gelitten. Erst im März 2017 gab es einen Skandal rund um Gammelfleisch-Importe aus Brasilien. Ein Fleischkonzern gab zu, Inspektoren und hochrangige Politiker jahrelang bestochen zu haben. Gesetze zum Schutz der Artenvielfalt, gegen Bodenerosion und gegen Abholzung wurden ausgehebelt. Darüber hinaus hat Temer im Oktober 2017 das Antisklavereigesetz gelockert. Von vier Kriterien zur Feststellung von Sklaverei, von denen es reichte, wenn nur eines zutraf, muss in Zukunft immer das Kriterium der Freiheitsberaubung vorhanden sein. Da dies aber sehr selten zutrifft – kaum einer hält die Arbeiter gefangen – hebelt die Änderung die anderen Kriterien de facto aus:

Schuldknechtschaft, exzessive Arbeitszeiten und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen können so nicht mehr als Sklaverei geahndet werden. Solche skandalösen Entwicklungen, wie sklavenähnliche Arbeitsbedingungen in Brasilien, könnten Importe in die EU nicht verhindern.
Das Pariser Klimaschutzabkommen wird im Text zwar erwähnt, aber durch die EU eingeschränkt: Klimaschutz soll nur dann gelten, „wenn die Nahrungsmittelproduktion dadurch nicht bedroht ist“ - was der Agroindustrie einen breiten Auslegungsspielraum eröffnet. Brasilien und Argentinien wiederum versuchen, Nachhaltigkeitskriterien für Agrotreibstoffe zu schwächen - und die EU hat bisher nicht dagegen protestiert.
Auch wenn das Verhandlungsmandat kein Investitionsschiedsgericht wie ISDS vorsieht, legen die bisherigen Verhandlungsergebnisse nahe, dass auch dieses Abkommen Liberalisierungen bei Dienstleistungen fördert, ohne dabei sensible Bereiche klar und deutlich vor einer Privatisierung zu schützen. Außerdem strebt die EU Kommission ein Verbot von Exportsteuern und anderen Ausfuhrbeschränkungen an.
Die Panama Papers haben gezeigt, dass neben vielen vermögenden Menschen in Europa auch wichtige brasilianische und argentinische Minister ihr Geld in Steuerparadiesen deponieren. Das Mercosur-Abkommen unternimmt nichts, um Steuerschlupflöcher zu schließen.

weitere Antragsteller*innen

Katharina Dröge (Köln KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Anna Cavazzini (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Dominic Hallau (Bielefeld KV); Sebastian Seibel (Berlin-Mitte KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Peter Seimer (Böblingen KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Paula Louise Piechotta (Leipzig KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Dorothea Kaufmann (Heidelberg KV); Martin Wilk (Berlin-Kreisfrei KV); David Esders (Heidelberg KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Sven Lehmann (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Deniz Ertin (Köln KV)